



Antrag

des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD

CO2-Besteuerung jetzt beenden - Bürger entlasten!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für die Abschaffung der Besteuerung oder Bepreisung von CO₂-Emissionen einzusetzen.

Begründung:

Zum 1. Januar 2021 ist die Bundesregierung mit der CO₂-Abgabe in die Bepreisung von CO₂ eingetreten. Von jetzt 25 Euro je Tonne CO₂ steigt der Preis bis 2025 auf 55 Euro je Tonne und danach auf bis zu 65 Euro je Tonne. Dies führt bereits aktuell zu einer Mehrbelastung von 6 bis 7 Cent je Liter Benzin und knapp 8 Cent je Liter Dieselmotorkraftstoff. Die Heizkosten für einen durchschnittlichen Haushalt steigen nach Berechnungen von Verbraucherschutzorganisationen um bis zu 500 Euro pro Jahr. Auch die sowieso schon hohen Stromkosten steigen durch die CO₂-Abgabe weiter an.

Diese Mehrkosten werden nur zu einem kleinen Teil durch Anpassungen im Bereich der Pendlerpauschale ausgeglichen. Gerade Bewohner in ländlich geprägten Regionen, für Familien und andere Personen, die in ihrem Alltag auf das Auto als Fortbewegungsmittel angewiesen sind, werden durch den CO₂-Preis weiter belastet. Bei diesen Personengruppen führt ein höherer Kraftstoffpreis nicht zu einer Reduzierung des Verbrauchs, sondern ausschließlich zu einer Kostensteigerung bei einem Grundbedürfnis. Bei Personengruppen mit höherem Einkommen wiederum ist zumindest fraglich, ob eine Steuerungswirkung eintritt oder ob höhere Energiekosten nicht einfach „hingenommen“ werden anstatt dass nennenswert weniger Energie verbraucht wird.

Der CO₂-Bepreisung trifft überdies Personen mit geringeren Einkommen deutlich überproportional, bei denen die Energiekosten einen prozentual größeren Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens ausmachen. Eine Analyse der Forschungsstätte evangelischer Studiengemeinschaft (FEST) und des Forum ökologisch-sozialer Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

ergab, dass der seit Januar geltende CO₂-Preis auf Kraftstoffe Haushalte mit geringem Einkommen am stärksten belastet. In der unteren Einkommenshälfte würden nur 10 bis 17 Prozent der Mehrkosten wieder ausgeglichen, bei den oberen 30 Prozent hingegen mehr als ein Drittel.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass bereits heute staatliche Steuern und Abgaben wie die Energiesteuer, die Heizölsteuer, die Mehrwertsteuer sowie die EEG-Umlage den Preis von Energie künstlich in die Höhe treiben.

Nicht zuletzt ist bereits fraglich, ob Deutschland mit einem Anteil von unter zwei Prozent am weltweiten CO₂-Ausstoß überhaupt und nennenswert zur Erreichung des von der Bundesregierung angestrebte Ziels einer Beeinflussung des weltweiten Klimas beitragen kann.

Die CO₂-Bepreisung ist mithin ein ebenso unsoziales wie untaugliches Steuerungsinstrument. Die im Brennstoffemissionshandelsgesetzes vorgesehenen nächsten Erhöhungsschritte sind daher auszusetzen und die bereits eingeführte Bepreisung wieder abzuschaffen.

Jörg Nobis und der Zusammenschluss der Abgeordneten der AfD